



DSTG *informiert*

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2016 Nr. 6



**Tag der
Steuergerechtigkeit
2016**

Wetten, wir sind günstiger?!

50 Euro sind Ihnen sicher

Wir wetten, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen, z. B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung, zur HUK-COBURG mindestens 50 Euro im Jahr sparen.

Verlieren wir die Wette, erhalten Sie einen Einkaufsgutschein von Amazon im Wert von 50 Euro, ohne weitere Verpflichtung.

Rufen Sie an und vereinbaren Sie einen Vergleichstermin!

Die Wette gilt bis zum 31.12.2016. Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.HUK.de/checkwette

Kundendienstbüro

Miriam Simsek

Tel. 030 71096902

Fax 030 71096912

Miriam.Simsek@HUKvm.de

Friedrich-Karl-Str. 9

12103 Berlin

Mo., Di. 10 – 13 und 14 – 18 Uhr

Mi., Fr. 10 – 15 Uhr

Do. 10 – 13 und 15 – 20 Uhr



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,

unter dem Motto „Tag der Steuergerechtigkeit“ am 28.09.2016 wollten wir mit unserer Performance am Brandenburger Tor als Teil der bundesweiten Aktion der DSTG auf gravierende Defizite in der Steuerpolitik, vor allem aber auch im Steuervollzug hinweisen. Wir waren uns dabei bewusst, dass wir vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise nicht die ungeteilte Aufmerksamkeit hatten und haben. Aber auch bei dieser neuen gewaltigen Herausforderung gilt: „Ohne Moos nichts los“! Die Schärfe der gegenseitigen Schuldzuweisungen in der Flüchtlingspolitik ist ein Gradmesser dafür, wie ratlos alle sind. Ratlos auch in Sachen Finanzierung: höhere Steuern, mehr Schulden, Einsparungen woanders?



Dettel Dames

Überall hört man: Mehr Polizei, mehr Sicherheit sind notwendig. Es stimmt: ohne genügend Polizei keine ausreichende Sicherheit in Deutschland. Richtig ist aber auch: ohne Steuern gibt es keine Polizei. Deshalb ist auch an dieser Stelle die Steuerverwaltung UNVERZICHTBAR. Die Finanzverwaltung erhebt die Einnahmen, damit der Staat und seine Aufgaben finanziert werden können. So wie die Polizei für Sicherheit steht, stehen wir für Steuergerechtigkeit!

Der ehrliche Steuerzahler bezahlt schon heute viel. Zuviel wie wir meinen. Der ehrliche bezahlt nämlich die Zeche für diejenigen mit, die sich in die Büsche schlagen, sei es durch Steuerhinterziehung, sei es durch steuergestaltende Flucht vor dem deutschen Fiskus. Milliarden gehen so dem Staat und den Kommunen durch die Lappen. Geld, das dringend gebraucht wird:

Für Investitionen

- in Bildung, Kindergärten, Schulen und Hochschulen,
- in Infrastrukturen wie Energiesicherung, moderne Verkehrswege, medizinische Betreuung, Pflegeeinrichtungen, altersgerechte Betreuung,
- in einen serviceorientierten und effizienten öffentlichen Dienst,
- zum Abbau von 2 Billionen Schulden, die unsere Kinder und Enkel belasten werden und
- zur Finanzierung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland (preiswerter Wohnraum, Grundsicherung, rentenversicherungsfremde Leistungen, Hartz IV, Integration von Flüchtlingen und vieles mehr).

All dies gelänge besser, hätten wir in Deutschland einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug. Hieran hapert es jedoch gewaltig. Wir schätzen die jährlichen Steuerausfälle bundesweit bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr. Bei der Umsatzsteuer sind es weitere 20 Milliarden, die durch Steuerbetrug fehlen. Hinzu kommt milliardenschwere Steuerflucht über die Grenze hin in Länder mit Ministeuersätzen. Das Briefkastenfirmenwesen in Panama und in anderen Steueroasen lässt grüßen. Und jüngst war zu hören, dass Apple im Grunde keine Steuern bezahlt. Ein Milliardenkonzern zahlt weniger als 1 Prozent (!!). Und der irische Staat findet das auch noch richtig!

Das empfinden wir – die DSTG - als ungerecht. Das ist das Gegenteil von Steuergerechtigkeit. Aber es fehlt ja nicht nur das Geld, das andere aufbringen müssen. Der ehrliche Steuerzahler fühlt diese Ungerechtigkeit und wird sein eigenes Verhalten darauf hin anpassen. Die Steuermoral leidet dadurch insgesamt. Wer möchte schon gerne der Dumme sein? Ohne das Gefühl von Steuergerechtigkeit leidet die Akzeptanz des „Steuernzahlen-müssens“. Staatsverdrossenheit und Enttäuschung sind die Folgen. Populistische Parolen haben dadurch Hochkonjunktur.

Auf diese Zusammenhänge wollten wir unter anderem mit diesem Aktionstag aufmerksam machen. Wir alle sind Staatsdiener und üben unseren Beruf mit Leidenschaft aus. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, weil sich viele Beschäftigte in der Ausübung ihrer Arbeit allein gelassen fühlen.

Die nachfolgend veröffentlichten Fotos geben Zeugnis darüber, dass sich sowohl die Bürger, als auch die Medienvertreter des „rbb“ von diesem Aktionstag angesprochen fühlten. Verbündete außerhalb der Steuerverwaltung sind wichtig, um die Erkenntnis zu wecken, dass die Beschäftigten in den Finanzämtern Steuern nicht zum Selbstzweck erheben. Vereinnahmte Steuern sind ein wichtiger Baustein, um gesellschaftspolitisches Leben zu finanzieren. Ausreichendes Personal in den Finanzämtern ist dabei eine elementare Voraussetzung.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird weiterhin nichts unversucht lassen auf die entsprechenden Missstände hinzuweisen und sich dabei an die Seite der Beschäftigten zu stellen.


Mit kollegialen Grüßen









© Alle Fotos dbb

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
Kluckstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Christoph Opitz

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: eXtremdruck, Rödenuen 18, 96465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.

Die Landesfrauenvertretung informiert



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider werden die Frauenvertreterinnen ab und an gefragt, ob denn in der heutigen Zeit überhaupt noch eine Frauenvertretung notwendig sei.

Die Antwort ist ein klares „Ja“.

Warum?

Erfreulicherweise gibt es eine Entwicklung in der Aufteilung der Kindererziehung und der Organisation des Familienalltags, wonach immer mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen und das gerne. Deswegen können vermehrt auch die Männer mit ins Boot geholt werden, wenn Forderungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen, an den Arbeitgeber gestellt werden.

Es ist aber in den überwiegenden Fällen so, dass die Frauen den größeren Teil der Kinderbetreuung übernehmen. So arbeiten sie z. Bsp. häufiger in Teilzeit. Das führt oftmals nicht nur zu schlechteren Beurteilungen und damit zu einem Karriereknick, es kommt vielmehr dadurch auch zu einer späteren geringeren Versorgung. Es kann dazu führen, dass die Altersversorgung nicht mehr existenzsichernd ist. Dies wird in Zukunft noch mehr Relevanz erlangen, da nicht nur Kinder zu erziehen, sondern in zunehmenden Maße auch Eltern zu pflegen sind.

Die Frauenvertretung muss darüber informieren, da es wichtig ist, dass die Frauen die Folgen kennen.

Aber auch sonst gibt es noch viel zu tun für die Frauenvertretung hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aufgrund meiner bundesweit reichenden Vernetzung höre ich ebenfalls von guten Ideen aus anderen Bundesländern. So gibt es zum Beispiel in Bayern das Projekt „Die Arbeit kommt zum Menschen“. Mütter können in der Wiedereingliederungsphase im ersten Vierteljahr in einem Amt in der Nähe ihres Wohnortes arbeiten gehen.

Nun ist Bayern zwar ein großflächiges Bundesland, aber warum soll das in einem gewissen Maße nicht auch in einem Stadtstaat funktionieren? In Sachsen gibt es ein Projekt, wonach man eine Woche Urlaub im Jahr ansparen kann. Wenn dies über einen längeren Zeitraum, vielleicht über fünf bis sieben Jahre, möglich ist, kann man so bei einer längerfristigen Familienplanung zusammen mit dem jeweiligen Jahresurlaub zwei Monate bei voller Bezahlung überbrücken. Es wäre eine andere Form eines Sabbaticals. Diese beiden Beispiele kosten den Arbeitgeber nicht viel, es wäre lediglich eine andere Organisation nötig.

An dieser Stelle möchte ich mich für die Antworten hinsichtlich der Kita-Anfrage bedanken. Es wird eine Auswertung erfolgen und dann wird ggf. der nächste Schritt überlegt.

Wie immer der Hinweis an dieser Stelle, dass Sie sich gerne mit eigenen Ideen oder Fragen an mich wenden können.

Herzliche Grüße

Marita Bartelt

Meine Kontaktdaten:

Telefon im FA FuSt: 9024-32317

E-Mail: marita.bartelt@dstg-berlin.de